



Bundestags- brief

Nr.291 •Die Woche im Bundestag• 21.05.2021



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Bis zum Ende seriös regieren

In der drittletzten Sitzungswoche dieser Legislaturperiode haben wir mehr als zwei Dutzend Gesetze im Deutschen Bundestag abschließend beraten.

Wir zeigen damit, dass sich die Menschen auch in Zeiten einer Pandemie auf uns verlassen können. Wir kümmern uns nicht nur um die Bewältigung der riesigen Herausforderungen, vor die uns die Corona-Epidemie seit mehr als einem Jahr stellt, sondern wir setzen auch Impulse, um unser Land in eine gute Zukunft zu führen.

So haben wir in dieser Woche unter anderem den Anlegerschutz im Bereich der Vermögensanlagen und die Integrität des Finanzmarkts Deutschland insgesamt gestärkt sowie gesetzliche Regelungen für mehr Tierschutz auf den Weg gebracht.

An weiteren wichtigen Gesetzen arbeiten wir mit Hochdruck, damit wir noch an vielen Stellen Verbesserungen für die Menschen in unserem Land auf den Weg bringen können: Das gilt für den Bereich der inneren Sicherheit und dort insbesondere für den Verfassungsschutz und die Bundespolizei. Im Finanzbereich wollen wir durch weitere Novellierungen mehr Kontrollmöglichkeiten schaffen und setzen uns darüber hinaus für modernere Betriebsräte ein.

Weiterhin haben wir in erster Lesung die Voraussetzungen für eine bessere Betreuung von Grundschulkindern am Nachmittag auf den Weg gebracht.

Ein weiteres – auch für mich persönlich – wichtiges Gesetzgebungsvorhaben, das wir in dieser Legislaturperiode noch abschließen wollen, betrifft die bessere Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen. Denn hier haben wir gesamtgesellschaftlich noch weiter großen Nachholbedarf und viele Potenziale zu heben.

Deutsche Orchester nachhaltig stärken

Die deutsche Orchesterszene verfügt über eine weltweit einzigartige künstlerische Vielfalt. Die Corona-Pandemie hat die deutsche Orchesterszene jedoch hart getroffen, selbst wenn viele deutsche Orchester und Musikensembles bereits seit Jahren mit verschiedenen Veränderungsprozessen konfrontiert sind.

Um darauf auch weiter reagieren zu können, wird der Bund das Programm „Exzellente Orchesterlandschaft“ in diesem Jahr mit 7,4 Millionen Euro fortsetzen. Die 2017 gestartete Exzellenzinitiative soll Orchester dabei unterstützen, sich für die Zukunft neu aufzustellen und herausragende sowie innovative Projekte umzusetzen.

Das Programm schafft gerade für die Zeit nach der Pandemie Anreize und Freiräume für die Erprobung neuer Arbeitsweisen und Vermittlungsformen. Damit machen wir die Orchester und Ensembles fit für die Zukunft und leisten einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer weltweit einzigartigen Musikkultur.

Das Programm richtet sich bundesweit an öffentlich finanzierte Sinfonie- und Kammerorchester sowie freie Orchester und Ensembles vergleichbarer Größe, die neue Wege in der Erarbeitung, Präsentation und Vermittlung von Musik beschreiten wollen.

Sie können bis zu 400.000 Euro an Fördergeldern für einen Projektzeitraum von bis zu zwei Jahren beantragen. Voraussetzung ist, dass die Projekte nicht der regulären Arbeit der Orchester und Ensembles zuzurechnen sind und im Inland durchgeführt werden.

Anträge können seit dem 17. Mai 2021 eingereicht werden. Die geförderten Projekte werden durch eine Jury ausgewählt.

Extremismus und Antisemitismus bekämpfen

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gefährden das friedliche Zusammenleben in unserem Land. Die Anschläge von Halle und Hanau sowie der Mord an Walter Lübcke sind nur einige Beispiele für die unmittelbare Auswirkung auf unsere Gesellschaft.

Das Bundeskabinett hat vor kurzem den Abschlussbericht des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus verabschiedet, der ein breitgefächertes Maßnahmenpaket umfasst. Im Zentrum steht dabei unsere Überzeugung, dass wir frühzeitig und präventiv tätig werden müssen, um Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wirksam zu bekämpfen. Allein im Kultur- und Erinnerungsbereich stellt der Bund 2021 für diese Maßnahmen 30 Millionen Euro bereit. Mit den Mitteln fördern wir zahlreiche Projekte in verschiedenen Regionen Deutschlands. Durch Kooperationen mit Schulen sowie Polizei, Bundeswehr, Feuerwehr, Fußballclubs und Privatunternehmen soll ein breiter Teil der Bevölkerung erreicht werden.

Ziel ist es, die Medienkompetenz sowie die kulturelle und politisch-historische Bildung vor allem junger Menschen zu stärken. Gleichzeitig soll gesellschaftliche Vielfalt als Zukunftschance vermittelt werden. Förderungen erhalten insbesondere Projekte mit Begegnungs- und Vermittlungsansätzen. Dazu zählt unter anderem das digitale Denkmal „Jeder Name zählt“ der ITS Arolsen Archives für die Opfer des Nationalsozialismus. Gefördert werden außerdem ein großes Modellvorhaben der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden und des Deutschen Hygienemuseums Dresden sowie mobile Kulturprojekte der Klassik Stiftung Weimar in städtischen Brennpunkten in Thüringen.

Im Bereich Medienkompetenz gehören unter anderem Projekte mit Fokus auf das Medium Film zu den geförderten Maßnahmen. So erhält beispielsweise das Netzwerk Vision Kino zusätzliche Mittel für den bundesweiten Ausbau seiner Mitmach-Angebote für Kinder und Jugendliche. Die Deutsche Filmakademie wird sich insbesondere in ländlichen Gebieten für Kinos als Orte des kulturellen Austauschs engagieren.

Gewinner und Hoffnungsträger in der Corona-Krise

Auch wenn die pandemische Lage die deutsche Wirtschaft vor große Probleme gestellt hat, gibt es einige Wirtschaftszweige, die im letzten Jahr ein klares Wachstum verzeichnen konnten.

Neben dem Versand-Einzelhandel, der in der Pandemiezeit ein Plus von 19 Milliarden Euro verzeichnen konnte, gehörten auch die Baumärkte zu jenen Branchen, die im vergangenen Jahr ihre Umsätze deutlich steigern konnten. Aber auch Händler für Fahrräder, Sportbedarf und Campingausrüstung konnten einen Umsatzzuwachs von 14,4 Prozent 2020 im Vergleich zu 10,4 Prozent 2019 gutmachen. In absoluten Zahlen sind das rund 1,5 Milliarden Euro zusätzlich.

Erfreulich ist auch, dass viele Unternehmen nach den schwierigen Monaten nun wieder optimistisch in die Zukunft blicken. Vor allem exportorientierte Firmen, zu denen größtenteils die Industrie zählt, sind im Aufwind – getragen von der erstarkenden Konjunktur in den USA und in China. Fast die Hälfte der Firmen, die überwiegend international verkaufen, will mehr exportieren als vor einem Jahr.

Immer mehr Väter beantragen Elterngeld.

2020 haben 462 300 Väter in Deutschland Elterngeld in Anspruch genommen, das waren 25 Prozent aller beziehenden Personen. Das ist ein Plus von vier Prozentpunkten im Vergleich zum Jahr 2015.

Im Vergleich der Bundesländer bezogen Väter aus Sachsen mit einem Anteil von 30 Prozent am häufigsten Elterngeld. Berlin folgt an zweiter Stelle mit 27,7 Prozent. Schlusslicht sind das Saarland (19,1 Prozent) und Bremen (20,7 Prozent).

Trotz dieses steigenden Trends bleibt die Dauer der Arbeitsunterbrechung von Vätern hinter derer der Mütter zurück. Knapp drei von vier Männern plant 2020 mit der minimalen Elterngeldbezugsdauer von zwei Monaten, während die meisten Frauen (62 Prozent) für einen Zeitraum von zehn bis zwölf Monaten Elterngeld beantragten.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)